

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 6/44. Jahrgang

Juni 2013

Schutzgebühr: 0,40 €

Solidarität mit den Beschäftigten im Einzelhandel

Es geht nicht nur um den Gehaltstarif, der zum 31. März auslief; die Unternehmer blasen zum Generalangriff. Mit der bundesweiten Kündigung des Manteltarifs zum 30. April

2013 wollen sie erkämpfte Standards aufheben. Neben anderen Verschlechterungen sollen die Zuschläge für Spätöffnung und Nacharbeit gestrichen und den Verkäuferinnen

damit bis zu 300 Euro monatlich genommen werden. Dagegen wehren sich die Beschäftigten mit vollem

Warnstreik bei real/Lollar



Recht. Auch im Raum Gießen ist es zu ersten Warnstreiks gekommen. Die Arbeitsbedingungen wurden in den letzten Jahren durch Ausdehnung der Öffnungszeiten bis zur Sonntagsar-

beit ständig verschlechtert; jetzt wird versucht, den finanziellen Ausgleich hierfür zu kappen.

Die DKP kämpfte schon Ende der 80er Jahre gegen die Aushöhlung des Ladenschlußgesetzes, die mit dem „langer Donnerstag“ begann. Dies ist nämlich ein „Arbeitnehmerschutzgesetz“,

(Fortsetzung auf Seite 3)



Blockupy Frankfurt: Polizei blockiert Demonstration

Die Demonstration gegen die Banken am 1.6. in Frankfurt wurde schon nach wenigen hundert Metern von der Polizei blockiert. Mit mehreren Hundertschaften wurden hunderte Demonstranten stundenlang eingekesselt, Wasserwerfer und Bus für Gefangenentransporte standen bereit. Vorwand waren ein Feuerwerkskörper und "Vermummte". Die gesamte folgende Menschenmenge kam zum Stillstand. Wer anschließend die Berichte in Rundfunk und Fernsehen hörte und sah, hatte den Eindruck, auf einer anderen Veranstaltung gewesen zu sein - nicht nur, daß von 7.000 statt 20.000 Demonstranten die Rede war. Die von der Polizei behaupteten Verstöße gegen das Versammlungsgesetz und die Auflagen hat von den Demonstrationsteilnehmern niemand wahrgenommen. G.L.

Inhalt:

Fracking/Hat die SPD ausgedient?	S.2
LaGa: Chaotisch/Otto-Eger-Heim	S.3
ZAUG/Wohnbau	S.4
SPD-Geburtstag/Afghanistan	S.5
SDAJ-Broschüre/Brecht/Staufenberg	S.6
Buchenwald/Leserbrief/Marktplatz	S.7
Jaulende Kriegstreiber/Termine	S.8

Wer bekommt den Strom abgestellt?

Stadtverordneter Beltz fragt den Magistrat

Vor dem Hintergrund, dass die Schuldnerberatung (Gießener Anzeiger vom 28.5.13) feststellte:

"Eine Zunahme von Extremsituationen sei schon seit dem Start der Hartz-IV-Gesetze und dem damit verbundenen Umbau der sozialen Versorgung spürbar. Wir kommen selbst unter Druck. Denn die großen Strom- und Wohnraumversorger handelten heute viel schematischer und rigider. Selbst wenn eine alleinerziehende Mutter über Nacht ohne Strom und Wasser auskommen müsse..."

frage ich den Magistrat: bei wievielen Gießener Haushalten wurde im vergangenen Jahr Strom, Wasser oder Gas wegen Zahlungsverzug abgestellt? - Zusatzfrage: Hat der Magistrat Maßnahmen ergriffen oder geplant, um den betroffenen Menschen zu helfen?

Für Frieden und Sozialismus!



Fracking: Energiekonzerne vergiften Brunnen

Das als Energielieferant begehrte Erdgas kommt nicht nur in unterirdischen Lagern vor, aus denen es nach dem Anbohren von selber ausströmt, sondern es ist an vielen Stellen auch in den Poren von Gesteinsschichten eingeschlossen. Dieses Gas haben die Energiekonzerne als neue Profitquelle entdeckt. Es kann gefördert werden, indem man das Gestein in kleine Brocken zersprengt und dann das so freigesetzte Gas mit Druck abpumpt. Zum Sprengen eignet sich unter hohem Druck eingepreßtes Wasser, das mit Sand versetzt ist, um die entstanden Risse offen zu halten. Aus technischen Gründen enthält das Wasser Chemikalien, die zum Teil hochgiftig sind. Die Zusammensetzung dieses Chemiecocktails halten

die Firmen geheim, angeblich ist das „Betriebsgeheimnis“. Das Wasser wird zum größten Teil wieder hochgepumpt, mechanisch gereinigt und für die nächsten Bohrungen wieder verwendet. Nach Ende der Förderung

bleiben riesige Mengen vergifteter Schlamm und Wasser zurück. Ein Teil der Giftbrühe verbleibt im Boden, die ausgebeutete Gesteinsschicht bleibt also vergiftet. Je nach Tiefe und Bodenstruktur kann dieses Gift nach Monaten, Jahren oder Jahrhunderten



ins Grundwasser oder an die Oberfläche gelangen. In den USA, wo das Verfahren seit einigen Jahren großflächig angewendet wird, klagen Farmer aus der Nähe über Brunnen, deren Wasser trübe und stinkend geworden

ist. Die zuständigen Behörden verweigern in der Regel genauere Untersuchungen und streiten jeden Zusammenhang mit der Gasförderung ab. In den dünn besiedelten Fördergebieten der USA sind nur wenige Menschen betroffen, in Europa aber wären es Millionen. Deswegen wehrt sich hier die Bevölkerung mit Recht gegen Bohrgenehmigungen für die Konzerne. Trotzdem wollen EU-Kommissionen und die Bundesregierung das Fracking ermöglichen. Ohne die Proteste wäre das Verfahren längst eingeführt, anfangs waren nicht einmal Umweltverträglichkeitsprüfungen vorgesehen. Jetzt sollen zumindest Wasserschutzgebiete verschont werden. Diese Pläne dürfen nicht verwirklicht werden, jede Protestaktion dagegen ist legitim. Das Gas versiegt nach wenigen

Jahren, die Vergiftung des Untergrundes bleibt für immer. Die Konzerne haben ihren Profit gemacht, das Risiko tragen noch die zukünftigen Generationen.

Gernot Linhart

Hat die SPD ausgedient?

Die Kapriolen des SPD-Kanzlerkandidaten Steinbrück geben zu denken. Will er eine SPD-Regierung oder will er sie verhindern? Traditionell galt die SPD als Hoffnungsträger für Arbeiter und Angestellte – zumindest als „kleineres Übel“. Auch wenn sie in der Nachkriegsgeschichte – wenn es darauf ankam – stets die Interessen der Herrschenden durchsetzen half (Remilitarisierung, Notstandsgesetze, Berufsverbote...), - Der Nimbus einer „Arbeiterpartei“ blieb erhalten und der Schein einer parlamentarischen Alternative gewahrt.

Das änderte sich 1998 mit der Kanzlerschaft Schröders radikal: erstmals wurde mit dem Überfall auf Jugoslawien der Konsens gebrochen, daß Deutschland nie wieder Krieg führen soll. Und mit der Agenda 2010 wurde ein Verarmungsprogramm beschlossen, das

eine CDU-Regierung nicht hätte wagen können; schon gar nicht gegen den Widerstand des DGB, der still hielt und Hartz-IV zustimmte.



Jetzt ist die reiche BRD das Land mit dem größten Niedriglohnsektor unter vergleichbaren Ländern, die Herrschenden können nahezu ungehindert eine Schweinerei nach der ande-

ren durchziehen und Merkel sitzt fester denn je im Sattel. Wozu bedarf es einer SPD wenn die Kälber freiwillig ihre Metzger wählen? Das ist ihr Dilemma.

Auch zu einer Befriedung – sollte es zu massiven sozialen Aufständen kommen – ist die SPD nicht unbedingt nötig.

Das Instrumentarium hierzu ist perfekt: biometrische Daten und Fingerabdrücke aller Untertanen sind bald gespeichert; die Handy-Ortung gibt Auskunft über den jeweiligen Aufenthalt, die Abhörpraktiken sind lückenlos, und zur „Terrorbekämpfung“ bzw. „Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung“, kann notfalls die Bundeswehr eingesetzt werden. Bedarf es da noch einer SPD?

Wenn es notwendig werden sollte, zur Verschleierung der Herrschaftsverhältnisse eine Scheinopposition auf die Regierungsbank zu setzen, dann ja.

Erika Beltz

In Sachen LaGa verliert der Magistrat den Überblick

Als völlig hilflos – oder ist das Absicht? – zeigt sich die Gießener Stadtregierung im Umgang mit der Landesgartenschau, die in knapp einem Jahr eröffnet werden soll. Ob der Dammdurchstich stattfinden wird ist offen. Die Eröffnung des Palmencafés steht in den Sternen – noch ist kein Betreiber gefunden. Die Nordstadtbrücke hat einen Namen aber kein Fertigstellungstermin. Die Zuschüttung der Unterführung Ostanlage, für die es keine Zuschüsse gibt, bleibt unklar. Seitens des Magistrats wird nunmehr behauptet: „Es besteht kein Zusammenhang zwischen der Herstellung einer ebenerdigen Querungsmöglichkeit über die Ostanlage für Fußgänger und Radfahrer und dem beabsichtigtem Betrieb der Touristikbahn.

Was wird mit der Bimmelbahn?
Michael Janitzki erhielt auf seine Fragen Antworten, die eher Vermutungen und Hoffnungen ausdrücken.
Frage: Wer wird Betreiber der Bim-

melbahn?

Antwort: Die Frage kann erst nach Abschluss des Vergabeverfahrens... beantwortet werden.

Frage: Mit welchem Antrieb wird die Bimmelbahn fortbewegt?



Samstag, 1.6: Infostand der BI im Seltersweg

Antwort: (s.o)

Frage: Was wird die Fahrt mit der Bimmelbahn für den Besucher kosten?

Antwort: (s.o.)

Besonders dreist ist die Antwort auf

die Frage, wie hoch die Kosten der Bimmelbahn für die Gartenbaugesellschaft seien: keine. Denn die Bahn sei ein Projekt der Stadt.

Mit Spannung kann nun darauf gewartet werden, ob die Bimmelbahn unter dem Beifall der GRÜNEN mit einem Dieselmotor angetrieben wird und ob dann die SPD wiederum kuscht.

Die BI "Stoppt diese Landesgartenschau" wird weiterhin Aufklärungsarbeit leisten, die ihr zugesandten Kopien von Dienstaufsichtsbeschwerden und anderen – auch juristischen – Maßnahmen bearbeiten.

Infostände und Postkarten mit dem Ersuchen an die Oberbürgermeisterin, die Zuschüttung der Unterführung zu verhindern, sollen die Diskussion befördern und den Widerstand erhöhen.

Michael Beltz

Nächstes Treffen der BI: Donnerstag, 13. Juni. Weitere Infos: [www..stopptdiesellandesgartenschau.de](http://www.stopptdiesellandesgartenschau.de)

(Fortsetzung von Seite 1) Solidarität...

das den Beschäftigten ihren Feiertag und freie Sonntage sicherte, und nicht etwa eine Regelung des Wettbewerbs. (Heute schlicht "Hessisches Ladenöffnungsgesetz" genannt). Wir stellten bereits damals fest, das verlängerte Öffnungszeiten keine einzige Mark mehr an Kaufkraft bringen, wohl aber für die Einzelhändler, insbesondere die kleineren Geschäfte, die Betriebs- und Personalkosten steigen.

Für diese Fehlentscheidungen sollen jetzt die Beschäftigten bluten. Sie verdienen unsere volle Solidarität! Besonders betroffen sind die Kolleginnen und Kollegen von Karstadt; hier hat die Geschäftsleitung angekündigt, sich bis 2015 an keine Tarifverträge zu halten. Mit dieser Willkür wird eine weitere Tür zu einem Niedriglohnsektor geöffnet. Die Beschäftigten haben seit 2004 auf mehr als 650 Millionen Euro verzichtet, um die drohende Pleite abzuwenden. Trotzdem hat Berggruen, der den Konzern

für 1 Euro gekauft hat, 2000 Arbeitsplätze gestrichen.

Die Kolleginnen und Kollegen sind mit ihrer Gewerkschaft verdi kampfbereit. Sie wollen sich auf keine Verschlechterungen einlassen und fordern vielmehr eine nachhaltige Verbesserung der Einkommen: 1 Euro je Stunde mehr und für die Auszubildenden 0,50 Euro je Stunde mehr. Hierfür wünschen wir ihnen die nötige Kraft und Ausdauer und die Solidarität der Kunden.

Erika Beltz



Otto-Eger-Heim umbenennen

Jonas Ahlgrimm, Fraktion die Linke, beantragt, das Stadtparlament möge das Studentenwerk Gießen auffordern, das Otto-Eger-Heim umzubenennen. Er schreibt: "Otto Eger war ein bekennender Nazi und in diversen NS-Organisationen aktiv. Er war der Weimarer Republik feindlich gesonnen, unterstützte Gewalt gegen anders Denkende und stritt für das NS-Regime. - Otto Eger kann keinesfalls als Mitläufer betrachtet werden; er war schon vor der NS-Zeit mit rechts-extremem Gedankengut aufgefallen."

Bereits in den 80er Jahren gab es Bestrebungen für eine Umbenennung. Das Gießener Echo hatte damals den Vorschlag "Toni-Hämmerle-Heim" gemacht, nach dem bekannten Karnevals-Lieder-Schreiber, der an der JLU beschäftigt war.

ZAUG sanktioniert

Im Mai haben die Verantwortlichen von ZAUG ihren Abschlußbericht für das dreijährige Projekt für Lich, Hungen, Laubach und Grünberg zur Versorgung bisher „unversorgter“ Jugendlicher mit Lehrstellen gegeben. Im Endergebnis haben die sozialpädagogischen Fachkräfte nichts anderes getan als den Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Schuld für das Scheitern des Projektes zu geben: sie hätten Drogenprobleme, seien vorbestraft, wiesen schlechte Familienverhältnisse auf, hätten keinen Willen zur Ausbildung usw. Und stolz wurde bemerkt, dass die Teilnehmer, die nicht erschienen, sofort beim Jobcenter gemeldet wurden, so dass entsprechend mit Kürzungen sanktioniert werden konnte. Die Ausbildungs-koordination trat also knallhart als Teil des Strafsystems auf. Wen wundert's wenn dann Jugendliche dies nicht als Hilfe empfinden und fernbleiben. Im Pressebericht wird in keins-ter Weise hinterfragt, warum die Jugendlichen diese angeblichen Verhaltensweisen haben. Es wäre doch die Aufgabe pädagogischer Fachkräfte gewesen, sich darüber Gedanken zu machen. Aber man übt sich in Beschimpfung, hat anstatt Sozialarbeit längst den „Paradigmenwechsel“ zu Hartz IV vollzogen und mischt froh und heiter im Sanktionsunwesen gegenüber Hartz-IV-Beziehern mit. Dazu gehört das Singen des abgedroschenen Liedes der sog. „Vermittlungshemmnisse“. Das Geld für diese Sozialarbeit wurde umsonst ausgegeben; die Maßnahme scheint tatsächlich gescheitert, aber aus anderer Sicht als die Veranstalter es benennen. Sozialarbeit, die mit Betroffenen solidarisch umgeht, muß heißen: Hartz IV muß weg. H.R.



Wohnbau in der Kritik

Podiumsdiskussion der Fraktionen Linkes Bündnis und Die Linke

Um den sozialen Wohnungsbau ging es bei einer Diskussionsveranstaltung, zu der die Fraktionen Linkes Bündnis/Bürgerliste und Die Linke ins Kerkrade-Zimmer der Kongreßhalle gemeinsam eingeladen hatten. Nach dem etwas drögen Vortrag eines Fachmanns zum Thema energetische Sanierung ging es zur Sache. Insbesondere der Vorsitzende des Mietervereins Gießen, Stefan Kaisers, kritisierte die drastischen Mieterhöhungen bei der Wohnbau nach solchen Sanierungen, deren Nutzen für die Mieter er anzweifelte. Sie führten dazu, daß Bedürftige von ihrem geringen Grundbedarf 50 bis 100 Euro fürs Wohnen aufwenden müßten, weil die Gesamtkosten nicht mehr von den Sozialleistungen abgedeckt werden. Auch aus dem Plenum kam Kritik an Luxussanierungen, die letztlich die Mieter vertreibe. OB Grabe-Bolz, die für die Wohnbau als dritte am Podium teilnahm sah das natürlich anders und verwies darauf, daß die Mieten

bei 30% der Wohnungen unter 5 Euro/qm liegen. Im Übrigen beklagte sie die mangelnde Bezuschussung durch Landes- bzw. Bundesmittel. Daß die Wohnbau Gießen GmbH als städtisches Unternehmen jährlich Millionenbeträge an Überschüssen erwirtschaftet und diese in die Stadtkasse abführt, statt in den Erhalt und Erweiterung des Wohnbestands zu investieren (oder die Mieten zu senken), ist für sie in Ordnung. Das sei in der Hessischen Gemeindeordnung so festgelegt. Nun ist aber – wie andere Bestimmungen auch – die HGO genau von den Parteien beschlossen worden, die sich hinterher scheinheilig auf sie berufen. So werden erst Sachzwänge geschaffen, denen man sich dann – leider, leider – beugen muß. Die Versorgung mit ausreichendem und preisgünstigen Wohnraum ist ein Menschenrecht, das wie vieles andere im Kapitalismus mißachtet und dem Profitmachen untergeordnet wird.



UZ Woche für Woche
antikapitalistisch!

**Jetzt 10
Wochen
testen!**

- Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung „Unsere Zeit“ für 10 Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.
- An den Kosten beteilige ich mich freiwillig mit 10,- Euro pro Testabo. [bzw. mit einer Spende in Höhe von Euro.]

Name _____
 Vorname _____
 Telefon _____ Alter _____
 Straße _____
 PLZ / Ort _____

Coram Press Verlag GmbH · Hoffnungstraße 11 · 43127 Essen
 Fax: 0201-24 86 484 · www.unsere-zeit.de

Die SPD feiert Geburtstag

Da sich die SPD auf die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins durch Ferdinand Lassalle (1863) zurückführt, nicht etwa auf die Sozialdemokratische Arbeiterpartei von August Bebel und Wilhelm Liebknecht, feiert sie nun ihren 150. Geburtstag. Nicht gedacht wird in den SPD-Veröffentlichungen zum Fest des kompromisslosen Auftretens von Bebel und Liebknecht im Reichstag, das diesen jahrelange Haft wegen Hochverrats einbrachte. Stattdessen loben Helmut Schmidt und der Giesener Anzeiger die SPD-Abgeordneten, die 1914 im Reichstag die Kriegsgelder bewilligten, als „Vaterlandsverteidiger“ und „Patrioten“. Patrioten sind also diejenigen, die Kriege nicht zu verhindern suchen sondern sie befördern.

Auf die Frage nach dem größten Ereignis der SPD-Geschichte antwortet Helmut Schmidt: „Das war die Rede von Otto Wels im Frühjahr 1933.“ Nun, es gehörte Mut dazu, im von SA kontrollierten Reichstag diese Rede zu halten und gegen das sog. Ermächtigungsgesetz zu stimmen, das der Nazi-Regierung ganz offiziell diktatorisches Regieren ermöglichte. Aber es war eine Rede der Niederlage. Es herrschte schon Terror im ganzen Lande, die SA war zur Hilfspolizei ernannt, Sozialdemokraten und Kommunisten wurden in Prügelkel-

lern der SA gefoltert, ihre Zeitungen und Wahlveranstaltungen waren weitgehend verboten. Die Niederlage der Demokratie war besiegelt, weil keine Einheitsfront von Sozialdemokraten und Kommunisten für einen Generalstreik zustande kam. Daran hatten



Kommunisten Mitschuld, indem sie Stalins These von den Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“ übernahmen. Das haben diese später eindeutig korrigiert. Wo bleibt nun endlich zum Geburtstag die Korrektur der Fehler der SPD, die so gerne andere zum „Aufarbeiten ihrer Geschichte“ auffordert? „Bolschewismus und Faschismus sind Brüder“, hatte Otto Wels auf dem Leipziger Parteitag 1931 gesagt. Als die KPD-Führung dem SPD-Vorstand das Angebot machte, gemeinsam einen Generalstreik zu organisieren, lehnte die sozialdemokratische Führung ab. „Be-

DKP
Nachrichtenportal 
<http://news.dkp.de/>

reit sein ist alles!“ war deren Parole. Zur Enttäuschung der 3,5 Millionen Mitglieder der „Eisernen Front“ von SPD, ADGB und Arbeitersportorganisationen blieb das angekündigte Signal zum Abwehrkampf gegen den Faschismus aus. Die Rede von Otto Wels im Reichstag war trotz ihrer Zugeständnisse an Hitlers Außenpolitik die letzte, welche die Nazis einem Sozialdemokraten zustanden. Am 17. Mai 1933 stimmten die sozialdemokratischen Abgeordneten wortlos Hitlers „Friedensrede“ für „gleichberechtigte“ Rüstung Deutschlands zu. Der SPD-Abgeordnete Wilhelm Hoegner (nach dem Krieg bayrischer Ministerpräsident) berichtet in seinen Memoiren, wie manchen SPD-Abgeordneten die Tränen über die Wangen liefen, als sie mit Nazis und Deutschnationalen das Deutschland-Lied sangen. Es geht hier und heute nicht um Schuldzuweisungen sondern um Lehren aus der Vergangenheit. Die Schaffung einer antifaschistischen Einheitsfront am Anfang der dreißiger Jahre hätte der Welt die Gräueltaten des Faschismus erspart. Klaus Mewes

Afghanistan: die Frauen, die die Hälfte des Himmels sind.

Gestern, am 23. Mai, waren wir in Afghanistan gewesen - aber im Margarete-Bieber-Saal und mit Shikiba Babori!

In Afghanistan sind 36 Länder mit ihren Soldaten stationiert. Durch deren Angriffe werden täglich Hunderte Menschen getötet. Zurzeit arbeiten in Kabul 37.000 Kinder auf den Straßen und etwa 60.000 sind drogenabhängig! Über 95% der Frauen und Mädchen sind Analphabeten. Zwangsheiraten finden tagtäglich statt. Das Heiraten minderjähriger Mädchen

(von 10 bis 12 Jahren) ist der Stolz der Männer. 57% der Mädchen unter 16



werden zwangsverheiratet. Jugendliche Mädchen werden zwangsmäßig drogenabhängig gemacht. Vergewaltigungen von Frauen und Kindern finden besonders oft statt. Ehrenmorde werden als Krönung der Familie angesehen. Das erlebt man auch im Exil. Wegen des Krieges und der Verschmutzung der Atmosphäre werden viele Kinder behindert geboren. **Und der Westen spricht immer über seine Erfolgsergebnisse in Afghanistan.** Ganime Gülmez

Broschüre der SDAJ zur UNION

„Saufen statt Bildung“ – nach diesem Motto unternahm die Junge Union (JU) Duisburg 2010 eine „Bildungsfahrt“ nach Berlin: Der Besuch des Holocaust-Mahnmals fiel zwar aus, da dem nichts abzugewinnen und es eher „langweilig“ sei, aber es wurde eine Sauftour durchgeführt. Fahrten der JU mit ähnlichem Schwerpunkt ins „linksextreme Berlin“ (Kosten 13.000€) wurden vom Familienministerium des Bundes gesponsert. Ministerien, mit Funktionären aus der Union an der Spitze, unterstützen CDU/CSU-Jugendverbände also direkt bei fragwürdigen Aktionen, wobei fortschrittliche Kräfte verteufelt werden sollen. Die Lehren der Schüler Union (SU) aus den „NSU“-Morden gipfeln in der Behauptung, „dass Rechts- wie Linksextremismus gleichermaßen gefährlich“ seien. Die SU, u.a. in Gießen, vollzog keinerlei Abgrenzung zum Rechtsextremismus, entwickelte aber ein „10-Punkte-Programm gegen Linksextremismus“. Darin: T-Shirts mit Che Guevara-Motiv und Kopftücher auf dem Schulhof verbieten, die Nationalhymne auswendig lernen und gemeinsam singen, Deutschlandflaggen aufhängen. Zusammenarbeit mit Antifaschistinnen soll wegen Verdacht auf „Linksextremismus“ verboten werden – getreu den Vorgaben des Familienministeriums. (Quellen auf Anfrage)



Damit konfrontiert, entwickelten wir unsere Broschüre „Die Union: Für alle Richtungen offen – Ein Wegweiser“, mit 6 Seiten Literaturverzeichnis und über 100 Quellen. Es geht um die personellen und inhaltlichen Überschneidungen der Unions-Organisationen mit rechtsradikalem und menschenverachtendem Gedankengut und rechtsradikalen Personen, antidemokratischen Vorstellungen und geschichtsrevisionistischen Tendenzen.

Da wir unsere Ergebnisse allen Interessierten zugänglich machen wollen, wird die Broschüre kostenlos verteilt. Unter <http://comandante.twoday.net/> oder <http://www.sdaj-hessen.de/> ist sie ohne Layout downloadbar. Bestellt werden kann sie bei uns per E-Mail unter: sdaj-giessenmarburg@gmx.de Durch den Druck und für eine 2. (überarbeitete) Auflage sind wir auf finanzielle Unterstützung angewiesen. SDAJ Bundesvorstand, Konto: 100 489 2000, BLZ 10090000, Berliner Volksbank // Stichwort: „Broschüre SDAJ Marburg Giessen“ Die kämpferische und sozialistische Ortsgruppe der SDAJ trifft sich jeden Dienstag 18:30 Uhr in Gießen oder Marburg (Ortsanfrage: sdaj-giessenmarburg@gmx.de). Weitere Infos: www.comandante.twoday.net oder www.sdaj-hessen.de

Die Tageszeitung
jungeWelt
drei Wochen
probelesen!

www.jungewelt.de/testabo
Abotelefon: 0 30/53 63 55 50

Das Probeabo ist kostenlos und endet automatisch.

Die konsequent linke Tageszeitung "junge Welt" gehört zu den wenigen, die im Losverfahren einen Platz beim NSU-Prozess erhalten haben

Staufenbergs "Antifaschismus"

Die bereits seit langem auch überregional bekannten Aktivitäten des braunen Gesindels im Lumdatal haben nun auch die Stadt Staufenberg aktiv werden lassen. Im Stadtparlament kam es zu einem einstimmig angenommenen Beschluss, der wie folgt lautet: „Die Aktivitäten von Neonazis im Lumdatal haben zugenommen. In unserer demokratischen, freiheitlichen Grundordnung sollte jeglichen extremistischen Erscheinungsformen wirksam begegnet werden. In diesem Sinne sollten in einem Netzwerk für Demokratie und Toleranz entsprechende Maßnahmen eruiert werden, die in Form von Informationsmaterialien zu einer frühzeitigen Aufklärung am Schulen und darüber hinaus beitragen...“ Also die Nazis treten massiv auf, bedrohen und schädigen Kommunalpolitiker und andere Einwohner im Lumdatal, und die Stadt Staufenberg wendet sich einstimmig gegen jede Form des Extremismus. Nichts darin zu lesen von Aufarbeitung des Faschismus, denn von dem sollte bekanntlich nur reden, wer vom Kapitalismus nicht schweigen will. Und wer mit den Extremisten gemeint ist, liegt auch auf der Hand, die Linken, also hier die Kommunisten, getreu der Geschichtslüge: Rechts gleich Links. Wir Kommunisten fordern seit 1945 Verbot aller faschistischer Parteien und Folgeorganisationen, wie es auch das Grundgesetz verlangt. Wohin das Gewährenlassen der Faschisten führt, sehen wir in Ungarn oder Griechenland, wo offener Antisemitismus herrscht und Neonazis wieder rassistische Hetze betreiben und morden. H.R.

Brief von Bertold Brecht am 1.7.1953 an Peter Suhrkamp zum 17. Juni

Bertold Brecht sah in der Nacht des 16. Juni und am Vormittag des 17. Juni die Demonstration der Arbeiter gegen verschiedene Maßnahmen der Regierung in etwas „sehr anderes“ übergehen. Durch das Brandenburger Tor, über den Potsdamer Platz überall wurden kolonnenweise deklassierte Jugendliche eingeschleust und Gestalten aus der Nazizeit. Gleichzeitig feuerte der Radiosender RIAS die Demonstranten an, es wurden Buchhandlungen gestürmt, Bücher verbrannt und in der Provinz Gefängnisse „befreit“, vereinzelt Juden angegriffen (gab ja nicht mehr viele). Aus den Gefängnissen heraus kamen Gestalten wie in Halle die ehemalige Kommandeuse des Ravensbrücker KZ Erna Dorn, die anfeuernde Reden auf dem Marktplatz hielt.

Überall waren wieder die Kräfte am Werk, die Tag und Nacht an das Wohlergehen der Arbeiter und kleinen Leute denken, hohen Lebensstandard versprechen, die Arbeiter aber nur von der Straße in die Freiheit der Munitionsfabriken führen. Er fühlte sich ihr (der SED) verbunden, als sie - nicht ihrer Fehler, sondern ihrer Vorzüge wegen - von faschistischem und kriegstreiberischem Gesindel angegriffen wurde.

(zusammengefaßt und gekürzt, S.A.)

Bericht vom Buchenwald-Gedenken am 14.4.2013

Der lange vorbereitete Tag in Buchenwald wurde ganz anders als gedacht. Wir hatten eher damit gerechnet, mit unseren Sowjetfahnen auf Unverständnis zu stoßen, aber genau das Gegenteil trat ein. Wir hatten unsere Fahnen noch nicht richtig entrollt, als schon die ersten Menschen wohlwollend auf uns zu kamen, um ein Flugblatt baten und sich für unsere Präsenz bedankten. Das ging den ganzen Nachmittag so weiter. Zwei ehemalige Häftlinge kamen begeistert zu uns, baten um ein Foto mit uns und Fahne. Beide waren ehemalige Angehörige der Roten Armee, die in Häftlingskleidung noch einmal an diesen leidvollen Ort zurück kehrten, um ihrer hier ermordeten Kameraden zu gedenken. Mit Genossin-

nen aus DKP, KPD, SDAJ und DDR-Kabinett nahmen wir an der offiziellen Gedenkveranstaltung teil. Jedes Jahr miesere offizielle Reden, in keiner die Erwähnung des heldenhaften Kampfes unserer Genossen und der bewaffneten Selbstbefreiung. Unsere Betroffenheit wich der Wut auf den Klassenfeind und seinen Missbrauch dieses Ortes. Das nächste Jahr werden wir wieder hier sein, konzentriert auf die Selbstbefreiung und die Erinnerung an das internationale Lagerkomitee. Selbstverständlich gingen wir zum Glockenturm und zum Mahnmal Buchenwald, errichtet von der Bevölkerung der DDR, die zu diesen Zwecke zwanzig Millionen Mark bis zum Jahr 1958 gesammelt

und ca. 116.500 freiwillige Arbeitsstunden geleistet hatte. Eine Anwohnerin erzählte, die Gedenkstätte sei zu DDR-Zeiten ein lebendiger Ort gewesen, den die Bevölkerung immer wieder besuchte. Gelebter Antifaschismus also! Heute werden die Stelen mit reliefartigen Szenen aus dem Lagerleben zerfallen lassen, so dass Vieles schon nicht mehr erkennbar ist. Ein weiterer Schritt hin zur „Umgestaltung“. Wenn wir nicht aktiv eingreifen haben wir hier in nicht mal mehr zwanzig Jahren eine Erinnerungsstätte ganz im Sinne des imperialistischen Deutschland an die „Opfer des Stalinismus“. Treten wir dem gemeinsam entgegen, unsere Geschichte schreiben wir! B.K.



Am Marktplatz fast nur noch Steh-Plätze

Nachdem es nun endlich wieder wärmer wird, werden auf dem Marktplatz zunehmend die Bänke vermisst, die die Stadt – eine nach der anderen – im Kleinkrieg gegen die sog. Trinkerszene entfernen ließ. Lediglich die potthäßlichen Wartehäuschen mit jeweils 4 Sitzplätzen sowie 2 Bänke vor Café Rühl blieben verschont. Angesichts der Tatsache, daß hier 8 Buslinien verkehren, ist das ein Unding. Ein Gießener Bürger bezeichnete dies als die schlechteste Möglichkeit, von der wir alle betroffen sind: Er fragte bei Bgm. Weigel-Greilich nach, die dies als unumgänglich rechtfertigte und darauf setzte: „... dass jüngere Menschen ihren Sitzplatz ggf. älteren Menschen zur Verfügung stellen.“

Nicht nur, daß dies erfahrungsgemäß nicht so ist: der Marktplatz sollte nie nur Umsteigeplatz für den Busverkehr sein, sondern ein attraktives Aushängeschild für Gießen, ein Platz, mit – wie versprochen - vielen Sitzgelegenheiten und transportablen Pflanzenkübeln. Aber außer der LaGa zählt nichts in Gießen.

Leserbrief

Am Drohnen-Deal haben alle gedreht. Laut „FAZ“ hätten Flugsicherung, Industrie und Bundeswehr schon 2004 - noch zu rot-grüner Regierungszeit und drei Jahre vor Vertragsschluss - darauf hingewiesen, dass die Drohne über keinen automatischen Kollisionsschutz verfügt und damit nicht zugelassen werden kann. Es sitzen also alle bürgerlichen Parteien in einem Boot.

Falk Moldenhauer

Redaktionsschluß für das Juli-Echo: Mi, 26.6.13

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 15 € Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Ich möchte:
 das Gießener Echo abonnieren
 das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name:

.....

Adresse:

.....

e-mail:

Wir feiern Ches Geburtstag

am Freitag, dem 14. Juni, um 19 Uhr,
im Versailles-Zimmer der Kongreßhalle

Referat und Diskssion zum Thema:

Das Sozialistische Kuba nach dem 6. Parteitag

Es spricht ein Vertreter der

Kubanischen Botschaft

Veranstaltung der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba



Wer ist Abdullah Öcalan?

"Einer der 100 einflussreichsten Menschen der Welt" (Time)

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Repression und politische Gefangene" wird Abdullah Öcalan, seine Rolle im Friedensprozess und seine Roadmap vorgestellt.

Dienstag, 18. Juni, 19 Uhr,
Café Amélie, Walltorstr. 17 ,

Referent:

Reimar Heider

(Vertreter der „Internationalen Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan-Frieden in Kurdistan“)



Eine Veranstaltung von u.a. YXK, Asten, SDAJ, Rote Hilfe

Griechenland vor dem Kollaps Was tun?

Ein Reisebericht. Kinder, die vor Hunger in Ohnmacht fallen. Mütter, die nach der Entbindung ihrer Babys erst entlassen werden, wenn sie die Krankenhausrechnung bezahlt haben. Und junge Menschen, die auf der Straße sitzen, weil die Jugendarbeitslosigkeit auf über 60 Prozent angestiegen ist. Die Meldungen über die Auswirkungen der Troika-Politik in Griechenland machen sprachlos...

Referentinnen: **Katharina Seitzer** und **Ulrike Eifler**

Teilnehmer an der Jugendbildungsreise nach Athen im April 2013

Donnerstag, 20 Juni, 19.30 Uhr,

Versailles-Zimmer/Kongresshalle

Veranstalter: Griechenland-Solidaritäts-Komitee

Widerstand gegen Hartz IV

jeden Montag 18 - 19 Uhr
bei den drei Schwätzern
im Seltersweg

Wir bitten um Spenden

Gießener Echo

Konto Nr. 193070,
BLZ 51350025
Sparkasse Gießen

Jaulende Kriegstreiber

Rußland liefert Kampffjets an
Syrien

Die Ankündigung aus Moskau, Kampffjets nach Syrien zu entsenden, hat die Kriegstreiber in die bereits gewohnte Rage versetzt. Die betrachten es für selbstverständlich, gegen die Regierung in Damaskus kämpfende Rebellenverbände massiv aufzurüsten und damit den Krieg in der Levante am Leben zu erhalten, was bereits Zehntausenden Menschen das Leben gekostet hat. In der Lieferung von russischen Militärgütern zur Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit des angegriffenen Staates aber sehen sie eine Bedrohung des Weltfriedens...

Unter den Empörten sind auch die EU-Staaten, deren Außenminister gerade erst beschlossen haben, das ausgelaufene Waffenembargo gegenüber Syrien nicht zu verlängern, was Frankreich und Großbritannien dazu nutzen wollen, die islamistischen Mordgesellen mit noch mehr und noch besseren Waffen zu versorgen.

Die Lieferung von Kampfflugzeugen vom Typ MiG-29MM2, einer modernisierten Variante der MiG-29 erfolgt in Erfüllung eines Vertrages. Business as usual somit, gegen das nichts spricht, außer daß die westlich-wahabistische Werte- und Aggressionsgemeinschaft eine Modernisierung der syrischen Luftwaffe nicht zulassen will. Zu Recht argumentiert Moskau, daß es normale Beziehungen zu einer legitimen Staatsmacht unterhalte, ganz im Gegensatz zum Nahverhältnis, das die westlichen Hegemonialmächte mit Terrorbanden eingegangen seien...

Die Nichtverlängerung des EU-Waffenembargos ist von den Rebellen begeistert aufgenommen worden. Sie erhoffen sich damit eine Erhöhung ihrer militärischen Schlagkraft, worauf sie auch gleich ihr Desinteresse an einer Verhandlungslösung offen bekundeten...

Daß diese Rechnung aufgeht, ist angesichts der jüngsten Terraingewinne auf Regierungsseite und den inferioren Darbietungen der Opposition keineswegs eine ausgemachte Sache.

Werner Pirker

(gekürzt aus: junge Welt, 1.6.2013)